



Postulat 72

Eingang Stadtkanzlei: 10. April 2017

Auch die Stadt Luzern setzt ein Zeichen als TiSA-freie Zone

Im Geheimen wird momentan von 23 Staaten¹ das TiSA (Trade in Services Agreement) verhandelt. Das Abkommen ermöglicht zwischen den Vertragsstaaten die weitreichende Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen wie Gesundheit, Bildung, Energieversorgung, Luft, Wasser, Transporte, öffentlicher Verkehr, Post, Telekommunikation, Sicherheit, Kultur und Freizeit, Abfallwirtschaft, Alterspflege etc. – also Güter des Alltags, zu denen alle Menschen Zugang haben sollten. Das Abkommen gilt vom Bund über die Kantone bis zu den Gemeinden und ist für alle Verwaltungsebenen verpflichtend. Kantone und Gemeinden sind also direkt betroffen. Da es die Möglichkeit der lokalen Behörden einschränkt, im Dienstleistungsbereich eine eigenständige Politik zu betreiben, stellt das Abkommen das Subsidiaritätsprinzip in Frage. Die zwingende Gleichbehandlung von lokalen und ausländischen Anbietenden macht Regionalpolitik und die Förderung von Nahversorgung unmöglich.

Neben dem Inhalt des Abkommens ist auch die Vorgehensweise sehr umstritten. Die Verhandlungen werden geheim geführt und der Inhalt soll noch fünf Jahre nach Abschluss oder Scheitern der Verhandlungen geheim bleiben. Die Bevölkerung würde also selbst bei einem Beitritt der Schweiz zu TiSA nicht wissen, was genau entschieden wurde. Dieses Vorgehen widerspricht jeglichem grundlegenden Verständnis von Demokratie.

Dieses Vorgehen überrascht insofern nicht, als anfangs dieses Jahrhunderts ein ähnliches Abkommen, das sogenannte GATS-Abkommen², auf heftigen Widerstand von tausenden europäischen Gemeinden gestossen ist – unter anderem haben sich in der Schweiz 90 Gemeinden zu GATS-freien Zonen erklärt, darunter auch die Stadt Luzern – und schliesslich aufgrund des Stockens der DOHA-Runde³ auf Eis gelegt wurde. Auf Druck einiger multinationaler Grosskonzerne verhandeln nun Staaten – unter anderem auch die Schweiz – unter Ausschluss der Öffentlichkeit das TiSA. Dieses Abkommen ist wegen seiner Mechanismen (siehe unten) noch demokratiefeindlicher als das GATS und würde zu einer weitreichenden Liberalisierung des Service Public führen. Dank Wikileaks sind einige Details des Abkommens mittlerweile bekannt:

¹ Australien, Chile, Costa Rica, Europäische Union, Hong Kong, Island, Israel, Japan, Kanada, Kolumbien, Liechtenstein, Mauritius, Mexico, Neuseeland, Norwegen, Pakistan, Panama, Peru, Schweiz, Südkorea, Taiwan, Türkei, USA

² General Agreement on Trade in Services – Allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen

³ Jüngste Verhandlungen der WTO-Mitglieder zur Reformierung des internationalen Handels

Negativlisten: Jeder Staat, der TiSA beitrifft, muss eine Liste jener Dienstleistungen erstellen, die von der Marktöffnung ausgenommen werden sollen. Für alle Bereiche, die auf der Liste fehlen, muss der Markt zwingend geöffnet werden. Künftige Dienstleistungen, die wir heute nicht kennen und die deshalb auf der Negativliste fehlen, wären demnach zwingend der Marktöffnung unterstellt. Darunter könnten auch kommunale Strukturen in der Stadt Luzern fallen.

Ratchet-Klausel: TiSA hält fest, dass eine einmal vorgenommene Marktöffnung nicht mehr rückgängig gemacht werden darf. Selbst wenn eine Marktöffnung völlig versagt hat, ist eine Rücknahme der Deregulierung für immer ausgeschlossen.

Standstill-Klausel: Gemäss TiSA darf die Regulierungsdichte, wie sie zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens besteht, nicht erhöht werden.

Future-proofing-Klausel: Gemäss TiSA sind sämtliche künftige Dienstleistungen, die heute noch nicht erfunden sind, zwingend der Marktöffnung ausgeliefert. Beispielsweise würde ein heute noch nicht bekannter Energieträger zwingend der Marktöffnung unterstehen.

Das Abkommen würde also nicht nur die staatliche und kantonale Souveränität, sondern auch die Gemeindeautonomie der Stadt Luzern wesentlich beschneiden. Beispielsweise könnte die Stadt Luzern verpflichtet werden, Bereiche des Service Public wie die Wasserversorgung oder die Bibliothek ohne Auflagen an private Anbietende zu vergeben.

Als wären der gefährliche Inhalt und die fragwürdigen Verhandlungen unter komplettem Ausschluss der Öffentlichkeit nicht schon genug, führt der Bundesrat die Verhandlungen ohne demokratisches Mandat. Er verhandelt TiSA im Rahmen des mehr als zehnjährigen DOHA-Mandats, obwohl TiSA ausserhalb der WTO verhandelt wird, nicht zum DOHA-Vertragswerk gehört und somit neue Spielregeln gelten. Der Bundesrat verhandelt also geheim, an der Bevölkerung vorbei, gegen den sozialen Frieden, gegen staatsrechtliche und demokratische Grundsätze und gegen die Autonomie der Gemeinden. Deshalb soll sich die Stadt Luzern im Sinne einer symbolischen Geste anderen Städten und Kantonen⁴ anschliessen und zur TiSA-freien Zone erklären, analog und in Ergänzung zu den weltweiten Massnahmen gegen GATS anfangs des 21. Jahrhunderts.

⁴ Stand Ende März 2017: Baden, Bern, Genf (Stadt und Kanton), Lausanne, Zürich, Kanton Waadt – Auch im Kanton sowie in der Stadt Zug wurden entsprechende Postulate überwiesen und in Basel wurde im Februar eine Petition mit entsprechender Forderung eingereicht.

Der Stadtrat wird deshalb gebeten zu prüfen,

1. wie sich das TiSA-Abkommen auf die Stadt Luzern auswirken würde;
2. welche Möglichkeiten des Engagements gegen TiSA der Gemeinde zur Verfügung stehen;
3. ob er bereit ist, die Stadt Luzern zur TiSA-freien Zone zu erklären und seine Haltung zu begründen.

Maria Pilotto und Mario Stübi
namens der SP/JUSO-Fraktion